

KONJUNKTURREPORT

26. Jg., Ausgabe 2, Juni 2026

Iran-Krieg bremst die Konjunktur

Der Krieg im Nahen Osten stellt die **Weltwirtschaft** vor neue Herausforderungen. Im ersten Quartal 2026 ist die globale Wirtschaftsleistung aber noch moderat gestiegen. Dies ist vor allem der starken Nachfrage nach Hochtechnologieprodukten im Zuge des Booms im Bereich der Künstlichen Intelligenz geschuldet. Davon konnten insbesondere die Anlageinvestitionen in den USA und der chinesische Außenhandel profitieren. Seit dem Beginn des Iran-Kriegs Ende Februar und der Blockade der Straße von Hormus, durch die normalerweise etwa ein Fünftel der weltweiten Menge an Rohöl und Flüssiggas verschifft werden und die eine wichtige Transportroute für Helium und Düngemittel ist, haben sich die Konjunkturaussichten eingetrübt. Dies zeigt sich in den globalen Einkaufsmanagerindizes.

Der **Welthandel** hat gemäß Daten des niederländischen CPB im ersten Quartal um 3,5 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Dies ist der lebhaften Expansion im Jänner und Februar geschuldet. Im März ging der Welthandel kriegsbedingt um 2,1 % im Monatsvergleich zurück. Ebenfalls auf Basis von CPB-Daten stieg die globale Industrieproduktion im ersten Quartal um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal, wobei sie im März im Monatsvergleich um 1,7 % sank. Dramatisch war der Einbruch mit 26 % in der zusammengefassten Region Afrika und Naher Osten. In Europa und den USA kam es, anders als in manchen Ländern Asiens und Afrikas, bisher nicht zu Angebotsverknappungen, aber zu einem deutlichen Anstieg der Inflation. Diese zog in den USA von 2,4 % im Februar auf 3,3 % im März und 3,8 % im April an. Im Euroraum beschleunigte sich der Preisauftrieb von 1,9 % im Februar über 2,6 % im März auf 3,1 % im April. Einer Schnellschätzung zufolge stieg die Inflation im Mai weiter auf 3,2 %. Die Energiepreise stiegen um 10,9 %, nachdem sie Februar noch um 3,1 % gesunken waren.

In den **USA** stieg die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,4 % (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal), nachdem sie im vierten Quartal wegen des mehrwöchigen Verwaltungsstillstands nur um 0,1 % gestiegen war. In **China** blieb das Wachstum mit 1,3 % im ersten Quartal robust. Getragen wurde die Konjunktur weiterhin

vom Außenhandel, während die Binnenwirtschaft insbesondere durch die anhaltende Immobilienkrise belastet wurde. In der **EU27** sank das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal um 0,1 %, im **Euroraum** ging es um 0,2 % zurück, nach einem Anstieg um 0,2 % in beiden Wirtschaftsräumen im vierten Quartal 2025. Zu Jahresbeginn 2026 kamen nur vom privaten und dem öffentlichen Konsum positive Beiträge, während die Investitionen sanken und auch der Außenhandel das Wachstum bremste.

In **Österreich** ist im ersten Quartal um 0,2 % gestiegen, nach einem Anstieg um ebenfalls 0,2 % im vierten Quartal 2025. Positive Wachstumsbeiträge kamen vom öffentlichen Konsum und den Ausrüstungsinvestitionen, während Bauinvestitionen, Exporte und Importe sanken. Auf der Entstehungsseite wurde die Wertschöpfung in der Industrie und in den öffentlichen Dienstleistungen ausgeweitet, während sie in der Bauwirtschaft und in den konsumnahen Dienstleistungen sank. In den wirtschaftsnahen Dienstleistungen war die Entwicklung uneinheitlich. Für das Jahr 2025 wurde das Wachstum um 0,2 Prozentpunkte auf 0,8 % nach oben revidiert.

Für die **Bundesländer** liegen aktuell Produktionsdaten bis Februar, für Österreich insgesamt bis März 2026 vor. Im Durchschnitt der ersten beiden Monate dieses Jahres war die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in **Kärnten** um 3,7 % höher, in ganz Österreich dagegen um 1,3 % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Hochbau sank die Produktion in Kärnten um 4,6 % und in ganz Österreich um 8,6 %. Im Tiefbau stieg die Produktion in Kärnten um 0,6 %, während sie in Österreich insgesamt kräftig um 2,7 % zurückging.

Wie es mit der Konjunktur weitergeht, hängt entscheidend von Dauer und Ausmaß des Kriegs im Nahen Osten ab. Unter der Annahme einer begrenzten Dauer und dass es keine größeren Schäden an Energieförder- und Transportanlagen geben wird, dürfte die Wirtschaftsleistung in Österreich und in Kärnten im laufenden Jahr um etwa 0,5 % zulegen.

Klaus Weyerstraß

Kommentar: Mehr als populistische Placebos und holprige Budgetkonsolidierung?

Stimmt die Diagnose für die österreichische Seele, dass sie Veränderungen ablehnend bis blockierend gegenübersteht, sollten diese jedoch eingetreten sein, mit einem „Es ist passiert“ resignierend aufgenommen werden? Auf viele Vorgänge in unserer Wirtschaft könnte diese Diagnose zutreffen.

Jüngstes Beispiel ist die legendäre Spritpreisbremse, deren Wirkung in den täglichen Schwankungen der Treibstoffpreise verrauscht, aber kräftige Konflikte innerhalb der Koalition und bei den involvierten Unternehmen ausgelöst hat. Die Verabreichung dieses Placebos hat ihre Gründe im Zustand jener zahlenmäßig nicht unbeträchtlichen Schicht faktenfremder politischer Klienten, die hoch anfällig für populistischen Aktionismus ist.

Ein schwierigeres Beispiel ist das Doppelbudget der Bundesregierung für 2027 und 2028. Nicht unzutreffend ist der Eindruck, dass hier gleichzeitig Bremse und Gaspedal betätigt werden. Das erzeugt einen inneren Widerspruch: Einerseits muss Österreich aus dem EU-Defizitverfahren heraus, andererseits sollen Wirtschaft, Pflege, Kinderbetreuung und Arbeitsmarkt gestützt werden. Auch für diese Widersprüche brauchen wir Verständnis für die aufwendige Konsensfindung in einer heterogenen Regierungskoalition.

Der Fiskalrat beschreibt dieses Spannungsfeld zwischen Konsolidierung und Wachstumsimpulsen bereits für den laufenden Sanierungspfad. Er erinnert daran, Spielräume für notwendige Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Ohne die Architektur des Doppelbudgets infrage zu stellen, soll deshalb eine fortführende Diskussion angeregt werden, die aufzeigt, welche weiteren politischen Aktivitäten zum Lückenschluss mit zielorientierten Investitionen nicht nur möglich, sondern auch notwendig wären.

Drei Innovationspakete werden vorgestellt, die hohe Priorität verdienen. Sie unterstützen einen zukunftsfähigen Strukturwandel, generieren unmittelbar positive, krisenentlastende Effekte und lassen sich mit realisierbaren Finanzierungsmodellen verknüpfen.

Ein Innovationspaket Bauten würde das enorme Potenzial erschließen, das in einem neuen Verständnis und einem innovativen Umgang mit Gebäuden liegt. Sowohl im Bestand als auch im Neubau eröffnen sich weitreichende Möglichkeiten für einen strukturellen Wandel: von besser leistbarem Wohnen bis hin zu einer deutlichen Verringerung der Zwangsmobilität. Orientierung bieten Stadtentwicklungen, wie sie

etwa in der Schweiz unter dem Begriff „Quartiere“ sichtbar werden. Charakteristisch dafür sind eine hohe Nutzungsmischung aus Wohnen, Arbeiten und weiteren Aktivitäten, kurze Wege sowie lokalisierte Energiesysteme. Diese können Wärme und Kühlung vollständig vor Ort bereitstellen und Elektrizität mit einem hohen Anteil selbst decken. Dafür braucht es neue Finanzierungsmechanismen. Ein Beispiel wäre eine Wohnbaubank, die langfristige Kredite zu niedrigen Zinsen bereitstellt. Die gesetzlichen Grundlagen dafür liegen bereits vor.

Ein Innovationspaket Industrie unterstützt die absehbaren strukturellen Transitionen einer Industrie, die in Österreich besonders exponiert und damit auch besonders gefährdet ist. Ziel ist es, Energieschocks und globale Dumpingkonkurrenz besser bewältigen zu können. Die damit verbundene Weichenstellung ist ähnlich grundlegend wie jene in der Phase des Neustarts nach dem Zweiten Weltkrieg. Orientierend für diesen strukturellen Wandel sind die Nutzung von Synergien, die Stärkung von Kreislauffähigkeit und Resilienz sowie die Fokussierung auf wohlstandsrelevante Gesamteffekte. Auch für diese Transitionen braucht es problemadäquate Finanzierungsmechanismen. Ein Beispiel wäre ein Austrian Innovation and Transition Fund, der auf dem noch bestehenden ERP-Fonds für die Mittel des Marshall-Plans aufsetzen könnte.

Ein Innovationspaket Sicherheit adressiert die vielfältigen Gefährdungen, denen Österreich ausgesetzt ist: von Cyberangriffen über Störungen der Energie- und Wasserversorgung bis hin zu Lieferausfällen bei Grundstoffen für die Produktion — einschließlich direkter militärischer Bedrohungen. Sicherheit lässt sich nicht allein an der Dauer des Grundwehrdienstes oder an der Zahl und den Typen von Kampfflugzeugen festmachen. Vielmehr sollte praktisch jede Entscheidung — vom persönlichen Konsum bis zur unternehmerischen Investition — auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit betrachtet werden. Auch dafür werden Sonderfinanzierungen notwendig sein, wie sie sich auf EU-Ebene bereits für militärische Investitionen abzeichnen.

„Es ist passiert“. Seit mehr als fünfzig Jahren hat es nicht so einschneidende Brüche in der Verschränkung von Politik und Wirtschaft gegeben wie in den vergangenen Monaten. Es verwundert, wie wenig Echo davon in der Arena der täglichen politischen Praxis widerhallt. Gerade deshalb braucht es Anstöße von außen, wie Plattformen für einen reflektierten Dialog. Vielleicht hilft uns dabei Antoine de Saint-Exupéry weiter: „Es geht nicht darum, die Zukunft vorherzusehen, sondern sie möglich zu machen.“

*Stefan Schleicher
Professor an der Universität Graz
und WIFO Associate*

Kommentar: Retro-Industriepolitik

Die oft beklagte „Deindustrialisierung“, d.h. ein weiter sinkender Anteil der Warenproduktion an der gesamtwirtschaftlichen Aktivität einer Volkswirtschaft, ist weniger etwas Bedauernswertes als natürliches Ergebnis einer wirtschaftlichen Entwicklung, auch wenn seit 2013 die Zahl der weltweiten Industriejobs um 13 % gesunken ist. Versuche, diese Entwicklung rückgängig machen zu wollen, werden nicht von Erfolg gekrönt sein.

In den USA versprach Präsident Donald Trump bei seiner Rückkehr ins Weiße Haus eine Renaissance der Industrie, ein neues „Goldenes Zeitalter“, welches mit protektionistischer Handelspolitik erreicht werden soll („Re-shoring“). Aber der „Liberation Day“, den der US Präsident am 2. April 2025 mit der Ankündigung von umfassenden Zöllen gefeiert hat, wird die Warenproduktion der Vereinigten Staaten nicht beleben. Es ist zu erwarten, dass für jeden durch Zölle geschützten Industriearbeitsplatz mehrere in anderen Sektoren vernichtet werden.

Die Vorstellung, dass die Rückkehr zu mehr Warenproduktion automatisch Wohlstand, gut bezahlte Arbeitsplätze und nationale Stärke mit sich bringt, ist irreführend. Für Österreich ist diese seit vielen Jahren geführte Debatte besonders relevant, weil das Land industriell geprägt ist und gleichzeitig mitten in einem technologischen Umbruch steht. Wertschöpfung entsteht jedoch zunehmend außerhalb der klassischen Industrie. Viele Tätigkeiten wachsen schneller als traditionelle Fabrikarbeit. Künstliche Intelligenz beschleunigt diese Entwicklung zusätzlich. In den USA ist der Dienstleistungssektor mittlerweile produktiver als die Warenproduktion.

In Europa führten vor allem die Corona-Pandemie sowie hohe Energiekosten infolge der Kriege zu Forderungen nach einer Retro-Industriepolitik in Form einer Subventionierung der Industrieproduktion. Als Reaktion darauf hat die Europäische Kommission die Regeln für staatliche Beihilfen gelockert – Regeln, die verhindern sollen, dass Unternehmen durch Subventionen ungerechtfertigte Vorteile erhalten –, um europäischen Regierungen die Vergabe weiterer Subventionen zu ermöglichen.

Was als Notfallmaßnahme begann, entwickelt sich nun zu einer dauerhaften Politik. Einerseits könnte man argumentieren, dass mehr Subventionen für das Überleben der europäischen Industrie angesichts der Tatsache, dass auf China, der „Fabrik der Welt“, rund ein Drittel der globalen Industrieproduktion entfällt, von essentieller Bedeutung sind. Zwischen 2005 und 2024 erhielten chinesische Unternehmen im Durchschnitt drei- bis achtmal so viele Subventionen wie ihre Konkurrenten in den OECD-Ländern.

Andererseits besteht die Gefahr, dass Subventionen den Wettbewerb auch innerhalb der EU verzerren. Länder mit mehr fiskalischem Spielraum können ihre Industrie auf Kosten der Steuerzahler aufpäppeln und derart zu einer Fragmentierung des Binnenmarktes beitragen. Sinnvoller wäre es, strukturelle Änderungen der betroffenen Wirtschaftsbereiche zu unterstützen. 2024 entfiel fast ein Viertel aller staatlichen Beihilfen der EU auf Deutschland. Langfristige Wettbewerbsfähigkeit kann jedoch nicht über einen Subventionswettbewerb herbeigeführt werden.

Am klarsten zeichnen sich die Spannungen um Subventionen im Energiebereich ab. Zwischen 2021 und 2023 subventionierten die EU-Staaten Energie mit € 540 Mrd., um Preisschocks abzufedern. Auch hier dominierte wiederum Deutschland mit beinahe 30 % dieses Betrages. Brüssel dürfte auch die Schuldenregeln aufweichen und EU-Ländern bis zu 0,3 % des BIP für energiebezogene Subventionen nicht in die Fiskalregeln einrechnen. Das wäre die zweite Änderung der Fiskalregeln innerhalb von weniger als zwei Jahren, nachdem bereits Rüstungsausgaben bis zu 1,5 % des BIP von den Schuldenregeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts ausgenommen wurden. Vor diesem weiteren Aufweichen der Fiskalregeln kann nur gewarnt werden – nicht nur weil in zahlreichen Staaten kein fiskalisches Spielraum zur Verfügung steht, sondern weil das Subventionieren des Energieverbrauchs bei reduziertem Angebot an Erdöl eine widersinnige Politik darstellt, die zusätzlich zur budgetären Belastung das Bekämpfen der Inflation durch die Geldpolitik erschwert.

OECD-Daten zeigen, dass Industriesubventionen stark zugenommen und inzwischen das höchste Niveau seit der globalen Finanzkrise erreicht haben. Subventionen mögen helfen den Marktanteil zu erhöhen, verbessern jedoch nicht die Effizienz der Produktion. Unternehmen, die in höherem Maße subventioniert werden, verzeichnen keine durchgängigen Produktivitätszuwächse. Das stellt einen grundlegenden Widerspruch dar: Subventionen verändern zwar, wer wie viel produziert, jedoch weniger, wie effizient produziert wird.

Durch öffentliche Unterstützung getriebenes Wachstum könnte sich als ein auf Pump finanziertes Strohfeuer erweisen, was Auswirkungen auf die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Innovation hat. Steuerzahler sollten skeptisch werden, wenn Regierungen Krisen nicht durch Marktformen, sondern dauerhaft durch Subventionen zu bewältigen versuchen. Solche rückwärtsgewandten Industriesubventionen haben mit dazu beigetragen, dass inzwischen auch die letzte der fünf von der EZB anerkannten Ratingagenturen der Republik das Spitzenrating entzogen hat.

Norbert Wohlgemuth

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Makroökonomische Indikatoren 2026

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosenquote, (%)*	Leistungsbilanz (% BIP)	Budgetbilanz (% BIP)
USA	2,2	3,7	4,3	-3,4	-6,5
China	4,9	1,6	5,2	3,2	-5,8
Japan	0,5	2,3	2,5	3,3	-1,8
Großbr.	0,8	3,5	5,0	-3,1	-5,1
Kanada	1,2	2,6	6,9	-0,4	-2,2
Euroraum	1,0	2,7	6,3	2,3	-3,3
Österr.	0,8	2,9	5,7	1,2	-4,1
Frankr.	0,8	2,2	8,2	-0,6	-5,3
Deutschl.	0,6	2,7	3,8	4,2	-3,7
Italien	0,8	2,1	5,1	0,9	-3,0
Spanien	2,2	2,9	10,3	2,3	-2,4
Schweiz	1,0	0,6	3,1	5,3	0,2
Schweden	2,3	1,8	8,7	5,7	-2,0
Dänemark	1,8	2,0	3,1	12,4	1,2

*aktuellster verfügbarer Monatswert
Quelle: The Economist; 6. Juni 2026
eigene Darstellung KIHS

Material-Fußabdruck bzw. inländischer Rohmaterialverbrauch (RMC) 2008, 2015, 2020, 2024 Mio. Tonnen

	2008	2015	2020	2024
Biomasse	46,6	40,6	45,8	42,4
Metalle	50,4	40,6	38,7	39,0
Nichtmetallische Minerale	91,6	83,3	82,9	74,4
Fossile Energieträger	37,8	34,1	27,6	23,3
RMC	226,4	198,7	195,1	179,2

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Veränderungsraten ausgewählter Verwendungsaggregate in Österreich

real in % zum Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt

	2026 Q1	2025 Q4	2025 Q3	2025 Q2
Konsum des Staates	0,6	0,2	-0,2	0,5
Konsum privater Haushalte	0,1	0,4	-0,6	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	-0,9	1,0	1,6
Exporte	-0,7	0,9	1,3	1,0
Importe	-0,5	0,9	0,7	1,7

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Veränderungsraten ausgewählter Wirtschaftsbereiche in Österreich

real in % zum Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt

	2026 Q1	2025 Q4	2025 Q3	2025 Q2
Land- und Forstwirtschaft	-2,2	3,0	3,3	-1,3
Herstellung von Waren	1,0	0,3	1,4	0,8
Bau	-0,6	-0,3	-0,2	-0,1
Handel, Verkehr, Gastronomie und Beherbergung	-0,8	0,3	-0,3	-0,1
Unternehmensnahe Dienstleistungen (ÖNACE M u. ÖNACE N)	0,4	-0,3	0,1	-0,6
Öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit	0,2	0,5	0,6	-0,1

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Arbeitsmarktdaten der EU-Mitgliedsstaaten Viertes Quartal 2025

	Erwerbsquote (15-64 Jahre) %	Erwerbstätigenquote (55-64 Jahre) %	Teilzeitquote (15 Jahre und älter) %
Belgien	71,9	61,1	26,7
Bulgarien	73,1	72,7	2,0
Tschechische Rep.	78,1	79,1	9,8
Dänemark	81,5	72,9	28,5
Deutschland	80,8	75,5	31,6
Estland	80,5	78,0	15,3
Irland	78,0	69,9	20,6
Griechenland	70,7	59,9	5,3
Spanien	74,8	63,2	13,8
Frankreich	75,2	62,0	17,9
Kroatien	72,3	55,2	3,9
Italien	66,1	61,8	15,1
Zypern	80,4	71,7	8,6
Lettland	77,8	73,8	9,5
Litauen	79,4	68,5	6,5
Luxemburg	73,3	47,8	18,6
Ungarn	78,3	72,3	5,8
Malta	82,7	61,5	10,4
Niederlande	85,7	82,4	43,9
Österreich	79,2	61,4	31,5
Polen	75,7	61,2	7,4
Portugal	79,1	70,4	8,2
Rumänien	66,8	57,6	2,3
Slowenien	76,0	58,8	9,9
Slowakei	77,0	67,8	5,3
Finnland	79,2	72,4	20,8
Schweden	83,1	78,4	22,4
EU27	75,6	66,8	18,9

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Universitätsstraße 65-67
9020 Klagenfurt
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 7.6.2026